



Forschende in Sachen Friedhof: Stephanie Grim hat sich in ihrer Diplomarbeit mit der Bedeutung der Pflanzen auf dem Aureus befasst.

Foto Cornelia Sick

Forschung in den „Gärten der Toten“

Für ihre Diplomarbeit hat eine Studentin untersucht, welche symbolische Bedeutung die Pflanzen des Mainzer Hauptfriedhofs besitzen.

olk. MAINZ. Wenn Stephanie Grim den Mainzer Hauptfriedhof betritt, betrachtet sie die dortigen Gräber mit anderen Augen als die übrigen Besucher. Schließlich ist die 1800 gegründete und nach dem heiligen Aureus benannte Begräbnisstätte Thema ihrer Diplomarbeit. Hierfür hat die Mainzer Geographie-Studentin nicht nur die Bedeutung des Friedhofs als innerstädtischen Grünraum untersucht, sondern sich auch mit dem Symbolgehalt typischer Friedhofspflanzen beschäftigt. Ihre Erkenntnisse hat die Fünfundzwanzigjährige nun in einer kleinen Broschüre zusammengefasst.

Mit Hilfe eines von Grim ausgearbeiteten Rundgangs durch die „Gärten der Toten“ sollen die Besucher in die Pflanzen-

symbolik eingeführt werden. So erfährt man, dass etwa Stiefmütterchen für Hoffnung und Paradies, Rosen dagegen für die unsterbliche Liebe stehen. Zu Kränzen gebundene Rosen sind als „Tugendkränze“ nur auf den Gräbern ledig Verstorbener zu finden. Da immergrüne Pflanzen wie Eiben oder Hibe den Winter überdauern, stehen sie laut Grim für Unsterblichkeit und die Überwindung des Todes.

Dabei zeigen sich die Symbole nicht notwendigerweise in realer Bepflanzung, sondern auch als steinerne Ornamente auf den Grabsteinen. Wie im Falle einer Säule, die als abgebrochener Baum gestaltet wurde. „Da ein Baum austreibt, wächst und vergeht, symbolisiert er das menschliche Leben“, so Grim, die mittlerweile den gesamten Aureus kartiert hat. Der aus dem abgebrochenen Toten Baum wachsende junge Trieb weise dagegen auf das sich erneuernde Leben hin. Gleichzeitig stehe die Darstellung für die christlichen Symbole des Paradiesbaumes und Kreuzes.

Die Grabkultur in ihrer heutigen Form kennt man seit Anfang des 19. Jahrhunderts; die reiche Symbolgeschichte zeigt sich indes vor allem an Grabsteinen, die vor 1920 entstanden sind. Bei den Symbolen habe man sich nicht selten der griechischen Mythologie bedient, berichtet Grim. So war der auf manchen Grabsteinen dargestellte Schlafmohn schon in der Antike Hypnos, dem Gott des Schlafes, gewidmet – nicht umsonst gilt der Tod bis heute als Schlafes Bruder. Im Mittelalter habe sich der Symbolgehalt des Schlafmohns dann erweitert und fortan als Schutz vor Dämonen gedient.

Viele der traditionellen Symbole werden zwar nach wie vor verwendet, können der Studentin zufolge aber immer seltener eingesetzt werden und sind daher heute oft nicht viel mehr als ästhetisierendes Beiwerk. In ihrer Arbeit hat sich Grim nicht nur mit der Pflanzenwelt, sondern auch mit der Bedeutung des Hauptfriedhofs als Lebensraum für Tiere und als Parkanlage beschäftigt. Durch die Aufgabe der einst Kirchennahen Friedhöfe in

der Innenstadt und die zunehmende Orientierung der Menschen auf das Diesseits gerate diese Funktion heutzutage immer mehr in Vergessenheit. „Früher existierte auf den Friedhöfen ein Miteinander von Toten und Lebenden. Heute versucht man eher, den Tod zu vergessen“, sagte sie.

Für die Fünfundzwanzigjährige gab es dagegen relativ wenig Berührungspunkte, sich für ihre Diplomarbeit mit dem Mainzer Aureus auseinandersetzen. Da sich ihre Mutter in der Hospizbewegung engagiere, sei sie von klein auf mit dem Thema in Berührung gekommen, so Grim. Gleichwohl reagiert ihr Bekanntheitsgrad nicht selten mit Verblüffung auf den Inhalt ihrer Diplomarbeit. „Das Thema wird von einigen als ziemlich freizügig betrachtet.“

Das Plakett „Die Gärten der Toten“ ist ein Alltagsgegenstand während des „Tage des Friedhofs“ von 10 bis 16.30 Uhr am Stand des Vereins „Nekropolis Morgente“ erhältlich. Eine Online-Version findet sich auch im Internet unter www.nekropolis-morgente.de

Die Rettung der Kur bleibt eine schwere Aufgabe

Zwei Kandidaten wollen Bürgermeister werden

BAD SCHWALBACH. Einfach wird die sechsjährige Amtszeit gewiss nicht, die der künftige Bad Schwalbacher Bürgermeister im April nächsten Jahres antritt, denn die Kur- und Kreisstadt steht vor schwierigen Herausforderungen. Ein letztes Mal fließt 2008 der Zuschuss, den das Land dem traditionsreichen Kurort als jährlichen Ausgleich für die ersten fünf Jahre nach der Kommunalisierung des Staatsbades gewährt hat. Danach ist die Stadt auf sich allein gestellt, und ob auch ihre mittel- und langfristige Zukunft die eines Kurorts ist, muss sich erst noch weisen. Noch sind zwar keine Stimmen vernommen, die vorschlagen, die Kur-Immobilien zu veräußern und sich künftig mit der Rolle eines idyllisch gelegenen Wohnorts im Taunus zu bescheiden. Doch wie die Kur als Standortfaktor bewahrt werden kann, das ist auch Thema im Wahlkampf.

Dabei scheint der Amtsinhaber leichtes Spiel zu haben, um das Votum der Dreifünftelwahljahre als Nachfolger für den nach Fulda umgezogenen Peter Wolff den FDP-Ortsverband und ist zudem einziger Stadtwortführer der Liberalen. Während Kalfhoff auf eine aus seiner Sicht gute Bilanz seiner Amtszeit verweist, hat Hußmann in einem offensiven Wahlkampf orakelt „ausgetriggert“. Er vermisst ein umfassendes Zukunftskonzept für die Stadt, bemängelt das „unrode Erscheinungsbild“ der Kurstadt und wirft Kalfhoff vor, den Mangel zu verwalten und sich hinter „unzählige Gutachten zu verstecken“, anstatt kreativ zu gestalten und Entscheidungen durchzusetzen. Zu den Luftschlüssen, die Hußmann kritisiert, gehören neben einem „Hessentag“ auch das „Wohlfühlhaus“, das ein Gutachter der Stadt als Befriedigungsschlag aus der Kurzielempfehlung hatte. Kalfhoff und die große Koalition wollen das Projekt mit Investoren verknüpfen, Hußmann hält es für „völlig unrealistisch und nicht finanzierbar“. Seine Kandidatur sieht Hußmann überparteiliches Angebot an alle Bürger, die er mit seiner Erfahrung in der Privatwirtschaft umwirbt.

Ob die Wähler an diesem Sonntag damit zu loyale sind, ist ungewiss. Wählerischer Anteil der SPD unter einem CDU-Amtsinhaber die Gelegenheit geben wollen, Vorhaben aus der ersten Amtszeit fortzuführen. Völlig offen aber ist, wie sich die FDP verhalten wird. Die große Koalition will auf die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten der sozialdemokratischen Sympathisanten auswirken wird. Mit einem Ansturm auf die Wahllokale dürfte angesichts dieser Ausgangslage jedenfalls kaum zu rechnen.

OLIVER BOCK



Michael Kalfhoff, CDU, will das Bürgermeisteramt behalten. Er gilt als Favorit.

Foto Cornelia Sick



Martin Hußmann, FDP, tritt als Einziger gegen den Amtsinhaber in der Kurstadt an.

Foto Cornelia Sick

trager für ein amerikanisches Softwarehaus. Erst Mai 2006 füllte der Dreifünftelwahljahre als Nachfolger für den nach Fulda umgezogenen Peter Wolff den FDP-Ortsverband und ist zudem einziger Stadtwortführer der Liberalen. Während Kalfhoff auf eine aus seiner Sicht gute Bilanz seiner Amtszeit verweist, hat Hußmann in einem offensiven Wahlkampf orakelt „ausgetriggert“. Er vermisst ein umfassendes Zukunftskonzept für die Stadt, bemängelt das „unrode Erscheinungsbild“ der Kurstadt und wirft Kalfhoff vor, den Mangel zu verwalten und sich hinter „unzählige Gutachten zu verstecken“, anstatt kreativ zu gestalten und Entscheidungen durchzusetzen. Zu den Luftschlüssen, die Hußmann kritisiert, gehören neben einem „Hessentag“ auch das „Wohlfühlhaus“, das ein Gutachter der Stadt als Befriedigungsschlag aus der Kurzielempfehlung hatte. Kalfhoff und die große Koalition wollen das Projekt mit Investoren verknüpfen, Hußmann hält es für „völlig unrealistisch und nicht finanzierbar“. Seine Kandidatur sieht Hußmann überparteiliches Angebot an alle Bürger, die er mit seiner Erfahrung in der Privatwirtschaft umwirbt.

Ob die Wähler an diesem Sonntag damit zu loyale sind, ist ungewiss. Wählerischer Anteil der SPD unter einem CDU-Amtsinhaber die Gelegenheit geben wollen, Vorhaben aus der ersten Amtszeit fortzuführen. Völlig offen aber ist, wie sich die FDP verhalten wird. Die große Koalition will auf die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten der sozialdemokratischen Sympathisanten auswirken wird. Mit einem Ansturm auf die Wahllokale dürfte angesichts dieser Ausgangslage jedenfalls kaum zu rechnen.

Festung schlägt Biotop

Umfrage: Mehr Menschen wollen die Zitadelle sehen

sug. MAINZ. Die über Jahrzehnte hinweg gültige Aussage „Im Gebirge sind Zitadellen schön“ gilt nicht mehr. Denn mittlerweile fällt die auf dem Jakobberg gelegene Mainzer Zitadelle den Spaziergängern und Touristen, die in der südlichen Altstadt unterwegs sind, durchaus wieder ins Auge. Die wild wuchernden Büsche, Hecken und Büms, hinter denen die Mauern des ehemaligen städtischen Wahrzeichens lange Zeit im Verborgen lagen, sind zu einem guten Teil beseitigt worden. Und zumindest auf der zum Römischen Bühnentheater und dem Südbahnhof hin ausgerichteten Seite wirkt die im 17. Jahrhundert errichtete Festungsanlage – von Ferne betrachtet – durchaus wieder vorzeigbar. Bei näherem Hinsehen gibt es allerdings noch einiges zu tun, um das imposante Gebäudeensemble vor den dauerhaften Angriffen der Natur zu schützen.

le Mainz (IZM) mitteilte, wurden beim Zitatellensicht im September rund 600 Fragebogen verteilt. 251 seien ausgefüllt zurückgekommen. Demnach wünschten sich 53 Prozent der Bürger eine stärkere Akzentuierung der Festung, 56 Prozent von allen plädierten dafür, die „unwiderrstehliche Vegetation“ in den Gräben zwischen Zitadellenumauer und gegenüberliegenden Konterreskarpennauer „behutsam zurückzudrängen“. Jeder dritte Befragte sah das allerdings anders und sprach sich stattdessen dafür aus, dem Landesschutz Vorrang vor dem Denkmalschutz einzuräumen.

Seit 1986 sind die von der Natur eroberten Gräben rund um die Festung als zu bewahrende Landschaftsbestandteile ausgewiesen. In einem von der Deutschen Bundesregierung Umwelt geförderten Modellprojekt wird seit 2006 getestet, wie die Mauern hergerichtet werden könnten, ohne dabei die in den vergangenen Jahren entstandenen Biotop zu zerstören. Auf Grundlage der bisher gewonnenen Erkenntnisse dürfte eine Sanierung des gesamten Mauerwerks, das durch Nässe und Frost, aber auch durch Wurzelwerk und Kletterpflanzen geschädigt wird, laut Initiative Zitadelle Mainz mindestens sieben Millionen Euro kosten.

Albers sieht Dringlichkeit

Landrat will Bahnärm-Reduzierung beschleunigen

obo. RHEINGAU. Ein höheres Tempo bei der Eindämmung des Bahnlärms im Rhinetal fordert Landrat Burkhard Albers (SPD) und sieht sich dabei in Übereinstimmung mit den Oberbürgermeistern der Städte Bonn und Koblenz, Bärbel Diekmann und Eberhard Schulte-Wissermann, sowie den Initiatoren einer „Koblenzer Erklärung“ gegen Bahnlärm. Darin wird verlangt, „alle technischen, wirtschaftlichen und auch rechtlichen Maßnahmen auszuschöpfen, um den Lärm an der Quelle zu reduzieren“.

mit modernen Filterbremsen auszustatten, um die Kollergläser des Schienen-güterverkehrs zu senken. Dabei sei auch die Europäische Union gefordert. Zufrieden ist Albers mit den Perspektiven für den Bau des Rüdeshheimer Bahntunnels nach dem Besuch des Bundestagsabgeordneten Frank Schmidt (SPD) in Rüdeshheim. Dieser habe Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) inzwischen mitgeteilt, er, Schmidt, komme nach sorgfältiger Prüfung zu dem Schluss, „dass der Bund sich gemäß der 1998 getroffenen Vereinbarung an eventuellen Mehrkosten beteiligen sollte“. Entsprechende Zusagen könnten nach vor den abschließenden Gesprächen im Dezember 2007 erfolgen, hofft Albers. Dann stünde der schnellstmöglichen Verwirklichung des Projektes nichts mehr im Wege. Der Tunnel sei „keine Fata Morgana“ mehr.

Berliner Pankgraf aus Thailand in Rüdeshheim



Wieder besetzt: Ritterfigur für den Markbrunnen

Foto Cornelia Sick

Im Sommer 1907 hatte der damalige Rüdeshheimer Bürgermeister Julius Albert eine ritierlich gekleidete Abordnung der Pankgrafenschaft aus Berlin-Wedding als Gäste begrüßt, die der Stadt Rüdeshheim eine Ritterfigur für den schmucklosen Markbrunnen überreichten. Das Brunnenmännchen war 1942, als die Glocken der benachbarten Kirche von St. Jakobus beschlagnahmt wurden, vom Markbrunnen abmontiert worden. Nun ist eine neue Figur zurückgekehrt.

Der Rüdeshheimer Campingplatzbetreiber Herbert Richter hatte die Idee, auf dem Markbrunnen wieder die Figur eines Pankgrafen aufzustellen. Er ließ sie bei einem Unternehmen am Golf von Siam herstellen. Die Geschichte der Pankgrafen reicht zurück bis ins Mittelalter. Ihre Spur ging im Dreißigjährigen Krieg verloren, als 1881 die wohlthätige Herrensloge als „Alte Pankgraf-Vereinigung von 1381 zu Berlin bei Wedding an der Panke“ gegründet wurde. (ob.)

Testphase für Bädergesellschaft

Eigenbetrieb „Bäder in Wiesbaden“ soll Kosten senken

rsch. WIESBADEN. Wenn der Magistrat, wie angekündigt, den Weg für eine Neustrukturierung der Wiesbadener Frei- und Hallenbäder in einem Eigenbetrieb „Bäder in Wiesbaden“ ebnet, neigt sich damit eine länger als zehn Jahre währende Diskussion über die Gründung einer Bädergesellschaft dem Ende zu. Die Bäder werden organisatorisch zusammengeführt, um sie effizienter und günstiger betreiben zu können. Bisher teilen sich die Kurbetriebe, das Sportamt und die Stadtwerke diese Aufgabe. Die „Esew-Prad an der Mainzer Straße ist die Erbe-Vorgängerin AG zuständig, den Betrieb der sogenannten Kurhäuser Kaiser-Friedrich-Therme, Ankanm-Thermalbad und Opalbad verantworten die Kurbetriebe, die übrigen Bäder führt das Sportamt.

betriebe, der die kommunale Daseinsvorsorge und einen wirtschaftlichen Betrieb“ soll die Stadtverordnetenfraktion mit. Die Kosten sollen der Fraktion zufolge mit flexibler Personalpolitik um insgesamt 1,5 Millionen Euro gesenkt werden. Darauf hätten sich Magistrat und Personalrat verständigt. Die Stadt wolle Kosten sparen, indem in Bädern mit Saisonbetrieb, also Freibädern, vermehrt Mitarbeiter aus dem städtischen Konzern flexibel beschäftigt würden. „Der verarbeitete Weg, auf die eigene Kompetenz statt auf mehr Leiharbeiter und Fremdfirmen zu setzen, ist richtig“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubert Müller.

Streitig zwischen den im Stadtparlament vertretenen Fraktionen war bisher die Rechtsform der Bädergesellschaft und die Beteiligung privater Investoren. Der Magistrat wird sich nun voraussichtlich für einen städtischen Eigenbetrieb „auf Probe“ aussprechen. Nach zwei Jahren soll entschieden werden, ob die Kosten im gewünschten Maß gesenkt wurden. „Wenn sich der Eigenbetrieb bewährt, bleibt es dabei. Wenn nicht, muss neu entschieden werden. Auch über die Option einer Privatisierung“, sagte Ilka Gilbert-Rolla, Pressesprecherin der Stadt.

Auch die Sozialdemokraten unterstützen die Umstrukturierung der Wiesbadener Schwimmbäder in einen städtischen Eigenbetrieb. Allerdings fürchteten sie „eine Privatisierung durch die Fraktion“ teil die Stadtverordnetenfraktion mit. In der Anknüpfung, den Eigenbetrieb „auf Probe“ einzurichten, sehen sie ein schlechtes Omen. „Sollten nach zwei Jahren die vorgegebenen Finanz- und Qualitätsziele nicht erfüllt werden, ist die Ausgliederung in eine private GmbH zwingend vorgesehen“, sagte der sportpolitische Sprecher der Fraktion, Michael David. Die SPD sorgt sich nun, dass in einer in privatrechtlicher Form geführten Bädergesellschaft das Stammpersonal nicht weiter nach Tarif beschäftigt werde und das die Eintrittspreise stiegen. Nur eine Bädergesellschaft unter städtischer Obhut garantiert nach Ansicht der SPD-Fraktion, dass die Bäder den Bädern Schulen und Sportbetriebe uneingeschränkt zur Verfügung stünden.

Die Stadt und der Verdi-Personalrat haben sich im Vorfeld der Umstrukturierung auf Zielgrößen für Einsparungen, eine bessere Qualität und ein flexibles Personalangebot verständigt. So soll das Defizit des Esw-Hallenbades an der Mainzer Straße in Höhe von rund einer Million Euro durch die Zusammenlegung der Bäder ausgeglichen werden. Verneinbar wurde, dass die Mitarbeiter weiterhin zu Tariflöhnen des öffentlichen Dienstes beschäftigt werden. „Wir werten es als besonderen Erfolg, dass die Tarifbindung nicht mehr in Frage gestellt wird und es keine Privatisierung gibt“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Oliver von der Heide. Es seien „vernünftige Arbeitsbedingungen“ sichergestellt worden.

Die Grünen sehen mit dem Zusammenschluss der Bäder in einem Eigenbetrieb eine langfristige Forderung erfüllt. Es gebe keine Alternative zu dem Eigen-